

Bank
Kapital und Reserven
10 Millionen
Carl Cannstatt
Bronn Ulm

Wibberg, 15. März 1921.

Werbungs-Anzeige.

den und Bekannten die Schmerz-
linder lieber Vater

Memminger,
Käfermeister,
im Alter von 61 1/2 Jahren kauft

Donnerstag 1 1/2 Uhr.
Hinterbliebenen.

Emmingen, 15. März 1921.

Werbungs-Anzeige.

sondernde Nachricht machen wir
Freunden und Bekannten die
daß unser unvergesslicher Vater,
Vater und Großvater

rd Weidbrecht

fahren durch einen sanften Tod

Hinterbliebenen:
Gottlieb Weidbrecht
Bernhard Weidbrecht
Ernst Weidbrecht
Frik Weidbrecht
Katharine Reng geb. Weidbrecht
Georg Reng.

hatte Donnerstag mittig
10 Uhr statt.

Am Freitag d. 18.
Weißkalk-
Ausnahme

in
Grüninger's Kalkwerk
Nagold, 1928

Wie Sie einen
Rauch-
kasten

kaufen
verlangen Sie Prospekt von
Gebrüder Dongus
907 Deckenpfronn.

Blumen-Nährsalz
Mairöl
besten
Topfpflanzen-
Dünger
Erfolg überraschend
reicht f. 45 Pflanzen 5 Monate!
Preis Mk. 3.50.
Zu haben bei: 1064
Löwendrogerie Nagold.

Gebetbücher
bei G. W. Zaiser, Nagold.

Teilzeit an jeden Werk-
tag. Befragungen nehmen
Büchlein Telefonat
und Postboten entgegen.

Verloren: Briefkästchen hier
mit Schlüssel Nr. 12.—,
ausser Nr. 12.45
einst. der Postgebühren.
Kassat. nach Verhältnis.

auslosen-Geld für die
einjährige Zelle aus
gewöhnlicher Schrift oder
deren Name bei einmaliger
Gewinnung 50 Pfg.
bei mehrmaliger Gewinnung
nach Tarif. Bei gerichtl.
Beitreibung u. Konkurzen
ist der Rabatt hinfällig.

Der Gefellschaster

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold
Nagolder Tagblatt

Nr. 63

Donnerstag den 17. März 1921

95. Jahrgang

Der Protest der deutschen Regierung beim Völkerbund.

Berlin, 15. März. In dem Protest der deutschen Regierung beim Völkerbund gegen die Sanktionen heißt es: Das Vorgehen der Alliierten verstoßt gegen den Vertrag von Versailles. Die Alliierten begründen ihre Maßnahmen als Sanktionen, zu denen ihnen die Bestimmungen des Vertrags das Recht gäben. In Frage kämen nur die folgenden Bestimmungen kommen: 1. Der § 8 der Anlage II zu Teil VIII, 2. Der Schlichtungsart. des Artikels 429 und 3. der Artikel 430. Keine dieser Bestimmungen gestattet, deutschen Boden außerhalb des Gebietes westlich des Rheins und der Gränzgebiete neu zu besetzen. Nach Art. 429 darf nur die Zurückziehung der Okkupationstruppen aus den besetzten Gebieten hinausgeschritten werden, wenn die Alliierten und assoziierten Regierungen beim Ablauf der Befristung die Sicherheit gegen einen nicht herausgeforderten Angriff Deutschlands nicht als hinreichend betrachten. Nach Artikel 430 kann gerichtlich Gebiete wieder besetzt werden, wenn Deutschland sich weigert, seine Reparationsverpflichtungen zu erfüllen. Aus § 18 kann ein Recht zur Besetzung deutschen Gebietes überhaupt nicht hergeleitet werden. Auch die wirtschaftlichen Sanktionen können aber nach § 13 nur wegen Nichterfüllung der Reparationsverpflichtungen verhängt werden. Ein Verstoß gegen die Reparationsverpflichtungen liegt nicht vor. Die als zwecks Sanktion angeführte teilweise Beschlagnahme des Raubgutes deutschen Waren würde ausdrücklichen Versicherungen widersprechen, die die britische, deutsche und amerikanische Regierungen wegen des Verstoßes auf die Anwendung des § 18 gegeben habe. Die Einführung einer eigenen Zollordnung in den Rheinländern ist schon deshalb nicht als Strafmassnahme anzusehen, weil Art. 270 des Friedensvertrages sie davon abhängt macht, daß sie zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Rheinlandsbevölkerung für erforderlich zu erachten ist. Der Ministerpräsident der französischen Republik hat am 4. Februar in der Deputiertenkammer erklärt, daß es sich hier um eine über die Bestimmungen des Friedensvertrages hinausgehende Maßnahme handeln würde. Die Alliierten beabsichtigen, mit den Zwangsmaßnahmen Deutschland ihren Vorschlägen hinsichtlich der Art der Erfüllung der Reparationsverpflichtungen zu machen. Diese Vorschläge sehen eine vom Vertrag abweichende Regelung der Frage vor. Eine Verletzung zur Annahme der Vorschläge besteht daher nicht. Die deutsche Regierung, die die Völkerverträge mit unterzeichnet hat, richtet an den Völkerbund das Ersuchen, die ihm obliegenden Schritte zur Einleitung des in der Note vorgesehenen Schlichtungsverfahrens zu tun und dafür Sorge zu tragen, daß die von den Alliierten angewandten Gewaltmaßnahmen sofort aufgehoben werden. Die deutsche Regierung genügt ihrerseits schon jetzt der Vorbereitungen zur Durchführung des Verfahrens, indem sie für dieses Verfahren die Pflichten eines Bundgenossen auf sich nimmt.

Der Protest des rheinischen Provinziallandtags gegen das Unrecht.

Düsseldorf, 16. März. In der gestrigen Sitzung des 60. rheinischen Provinziallandtags gab Justizrat Altmeyer namens der bürgerlichen Parteien und der Mittelsozialisten folgende Erklärung ab: Die Verhängung von Sanktionen auf dem rechten Rheinufer, die ungenügende wirtschaftliche Belastung der deutschen Industrie und insbesondere die Androhung der Errichtung einer Zollgrenze am Rhein haben nicht nur, neue Not und Sorge über das deutsche Volk und vor allem über unsere rheinische Heimat gebracht. Keine dieser Maßnahmen ist auf dem Boden des Rechts gegründet. Insbesondere darf die Errichtung einer Zollgrenze für das besetzte Gebiet nach Art. 270 des Friedensvertrages nur in Ermüdung kommen, wenn sie erforderlich erscheint, um wirtschaftliche Interessen zu wahren. Der rheinische Provinziallandtag, die auf Grund des freiesten Wahlrechts gewählte Vertretung der gesamten Rheinprovinz, erhebt deshalb Einspruch gegen die erfolgte und gegen die geplanten Maßnahmen. Die durch die Zollgrenze mitwirkende Absonderung vom deutschen Mutterlande würde Wirtschaft und Handel in den Rheinländern der Vernichtung aussetzen und die Wirtschaftskraft in dem lebenswichtigsten Teile Deutschlands zu dauernder Unfruchtbarkeit und die arbeitstüchtigen, werksfähige Bevölkerung in Arbeits- und Verdienstlosigkeit zu versetzen. Die Errichtung der Zollgrenze würde die wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung der besetzten Gebiete nicht wahren, sondern ihnen im Gegenteil einen vernichtenden Schlag versetzen. Wir können nicht glauben, daß das Reichsgesetz der Völker so leicht verletzt wird. Romme, was kommen mag, die Rheinländer fassen sich in Zeiten eins mit den anderen deutschen Volksgenossen. Kein Zwang und keine Not, sie möge noch so schwer und bitter sein, können uns trennen. — Oberpräsident Gross schloß den Provinziallandtag mit einer Ansprache, in der er zum Ausdruck brachte, daß die Rheinländer in ihrer Selbstständigkeit mit dem gesamten deutschen Vaterland untrennbar verbunden seien.

Festlegung der Gesamtentschuldigung nach der Kai.

Berlin, 16. März. Aus Paris wird gemeldet: Die Wiederherstellungskommission hielt gestern eine Sitzung ab, worin der Bericht gefaßt wurde, Deutschland aufzulockern, den Artikel 235 des Friedensvertrages zu erfüllen, der besagt, daß Deutschland bis zum 1. Mai 1921 20 Milliarden Goldmark zahlen müsse. Die alliierten Sachverständigen wiesen nach, daß es sich um einen Irrtum handle, wenn Deutschland behauptet, bereits 21 Milliarden Goldmark bezahlt zu haben. Die Wiederherstellungskommission entschied sich dahin, daß Deutschland kein weiterer Aufschub gewährt werden soll. Sie wird sich auch in kürzester Zeit mit der Durchführung des Art. 235 befassen und wird noch vor dem 1. Mai die Gesamtsumme der deutschen Entschuldigung festlegen.

Weitere Exproprierungen.

Paris, 15. März. Wie der „Ptit Parisien“ mitteilt, hat die Reparationskommission sich gestern versammelt, um Deutschland aufzufordern, den Artikel 235 des Friedensvertrages auszuführen, d. h. den Rest der Summe zu begleichen, der nach Ansicht der Kommission noch nicht bezahlt wurde. Es handelt sich hier um die 20 Milliarden Goldmark. Gesamtwert hat Deutschland nach seiner Ansicht für 21 Milliarden seit dem Waffenstillstand an die Alliierten gezahlt. Die alliierten Regierungen jedoch behaupten, daß nur die Summe von 8 Milliarden erreicht wurde. Die Reparationskommission werde ferner gemäß Artikel 233 insbesondere am 1. Mai Deutschland den gesamten Betrag der Schuld mitteilen, deren Ertrag der Friedensvertrag vorschreibt. Das Wort liegt heute, dieser Betrag sei nicht näherungsweise höher als die Summe, die das Abkommen von Paris festsetzt hat. Mit anderen Worten, legt der „Ptit Parisien“, wenn Deutschland auf seiner Ablehnung beharrt, so würden es die Alliierten verlangen, die vollständige Ausführung des Vertrags zu verlangen. Das sei die Bedeutung der gestrigen Sitzung der Reparationskommission.

Sere von Rath über die Einwohnerwehrfrage.

Der bayer. Ministerpräsident sagte über die Einwohnerwehrränge im bayer. Landtage etwa folgendes: Er rechtfertigt zunächst die Einwohnerwehr wiederum als eine Organisation zum Schutze der Ordnung gegen Störungen, gleichgültig ob von links oder rechts. Sie trage keinen militärischen Charakter. Das vielmehr angeordnete Verhältnis der Einwohnerwehr zur Regierung sei ein absolutes Scherz. Der Zeitung der Einwohnerwehren liege jede Absicht, eine Nebenregierung zu bilden, vollkommen fern und sie habe wiederholt bewiesen, daß sie nur die Aufrichtigkeit der Regierung erlöse. Der Ministerpräsident zollt der stehenden Vaterlandsliebe der Einwohnerwehr und der Tat als feiner Mitarbeiter Kanzler hohes Lob. Daß in einer Organisation von mehreren hunderttausend Mitgliedern Einzelkämpfer vorkommen, sei selbstverständlich. Aus der Personalmann in der Zeitung der Einwohnerwehr und der Orchest über der Orda dürfe nicht darauf geschlossen werden, daß die Einwohnerwehr ein Bestandteil vieler Organisationen sei. In diesem Zusammenhang sei der Angriff des Herrn Wagner-Aon gegen Kanzler zu erwähnen, der die Orchest über beschuldigt. Es handele sich hier um eine Kollation gewisser Kreise der Reichspartei und des bayer. Volkstages, die Ende Januar verabredet wurde mit dem Zwecke, die Organisationen Ehrlich und Kanzler als politisch zu diskreditieren, die Regierung zu stürzen, ein politisches Chaos herbeizuführen und dann ein Volksreferendum zu veranstalten. Bei dieser Sache scheitern haben noch Oesterle und nach dem Werten eine Rolle gespielt zu haben. Mitglieder des früheren Reichstages finden dieser Angelegenheit vollkommen fern. Im Uebrigen beschuldige sie die Gewichte. Im Verlauf der Londoner Konferenz ist die Entwaffnungsfrage in den Vordergrund getreten. Ueber die Reparationsfrage hatte sie ihre Bedeutung verloren. Dennoch glaube die Reichsregierung, an dem Entwaffnungsabstakt von Paris festhalten zu sollen. Durch den Geleitzmarf der Reichsregierung, der die Auflösung der Selbstbehauptungsorganisationen vorsch, ist die bayerische Staatsregierung vollkommen überrascht worden und habe gegen die Art dieses Vorgehens einformigen Einspruch erhoben. Der Regierung habe dann einige Abhandlungen erlassen, aber er widerspreche auch in der neuen Fassung dem Friedensvertrag und der Auffassung, die die bayerische Regierung und die Reichsregierung selbst in der Frage der Auflösung bis dahin eingenommen hätten. Die immer aber die Entscheidung des Reichstages über dieses Verge ausfallen möge, so würde die bayerische Regierung nicht von der Uebergangung ablassen, daß es ein Fehler wäre, die Einwohnerwehren aufzulösen und kurzzeitig zu entwaffnen. Sie wisse sich dabei eins mit der überwiegenden Mehrheit des bayerischen Volkes. Nicht sei gegenwärtig so notwendig wie die Pflege jenes Geistes, der eben in der Einwohnerwehr lebt. Es sei der Geist der nationalen und nationalen Zusammengehörigkeit, der Geist des Wiederaufbaues. Eine Regierung, die anders denkt, veränderte sich gegen den heil. Geist alles staatlichen und völkischen Lebens. Der Friedensvertrag verlange nur unsere militärische Entwaffnung, die Vernichtung unserer militärischen Macht. Dieser Forderung ist, wie auch die Gegner wissen, längst entsprochen. Wenn die Gegner über den Friedensvertrag hinaus die Vernichtung

unserer Einwohnerwehr fordern, so geschieht das nur wegen des Aufbaues, der ihr inneren. Sollen wir einem solchen Vernichtungsgeiste, der im Widerspruch steht nicht nur mit Recht und Gerechtigkeit, sondern auch mit dem Friedensvertrag von Versailles, widerspruchlos nachgeben. Wen würde die Vernichtung mehr vorzuziehen: aufrechte Männer, die sich ihre Mannhaftigkeit nicht nehmen lassen, oder die Regierung, die sich zum Scheitern eines solchen Feindbündnisses machen wollte? Um diese Frage handelt es sich, und deswegen kann ich bei den gegebenen Verhältnissen weder an der Auflösung und Entwaffnung unserer Einwohnerwehren mitwirken, noch die Männer vorzuziehen, die sich nicht entwaffnen lassen wollen. Deutschlands Zukunft hängt allein von der Kraft seines Willens ab, sich zu behaupten und im Interesse seiner Erhaltung unter Umständen auch zu leiden und zu dulden. Bringt uns diese Kraft, uns national zu behaupten, nicht auf, dann hilft uns alle Wirtschaft nicht. Denn auch die Völker leben nicht allein vom Brote. Hierüber kann unter ersten Parteien und unter verantwortlichen deutschen Regierungen kein Zweifel bestehen, und deswegen bin ich überzeugt, daß, wenn im Ziele richtig, wir uns über alle Zwangsmaßnahmen im einzelnen hinweg auch über den Weg, der zu diesem Ziele führt, schließlich werden zusammenfinden können.

Der Reichstag.

Berlin, 15. März. Der Reichstag übernahm in seiner heutigen Sitzung zunächst den Reichshaushaltsplan für 1921 dem Hauptausgaben und die Einnahme betr. nach die Veränderung der Finanzverhältnisse, der Veränderung der Militärausgaben der Reichsarmee und der Veränderung des Zinsauswertes, sowie den Entwurf eines Entwaffnungsabstaktes dem Entwaffnungsabstakt. Erweitert das Reichsministerium des Innern aufnahm, Abgabe der Präsidenten-Dauerleistungen und Veränderung der Abgabe auf 30 Minuten an, da möglichst bis nächsten Dienstag der gesamte Etat erledigt sein solle. Im Laufe der Verhandlungen wurden die Parteivorsitzenden ihre Wünsche und Beschwerden vor, wobei besonders die Schulfragen von allen Seiten beachtet und von Seiten der bürgerlichen Parteien auf den Schutz des Mittelstandes Gewicht gelegt wurde. Zu erregten Auseinandersetzungen zwischen den Unabhängigen und den Kommunisten kam es, als der Abg. Redburn einen Brief verlas, in dem er mit Entschiedenheit behauptete, daß die Untersuchung ergeben habe, daß innerhalb der kommunalistischen Organisationen eine geheime Unterorganisation bestünde mit dem Zweck, unruhige Gemüter zu befeuern. Auch die Ermordung des Abg. Haase und die Verhandlungen Dietmanns in Hamburg seien auf diese Organisation zurückzuführen. In der Abmahnung wurden eine Anzahl Artikel und Titel angenommen, ebenso eine demotivische Entschließung, die sich gegen die Kommunalisierung des Handwerks wendet. Da die Urte laut besetzt ist, wurden auch verschiedene unabhängige Entschließungen angenommen, darunter die, welche die Verlegung des Reichstages mit der bayerischen Regierung über die Entwaffnungsfrage verlangt. Eine Entschließung des Zentrums auf Verlegung einer Tagung über die Förderung der Arbeitslosen findet ebenfalls Annahme. Die Debatte drehte sich dann hauptsächlich um Positionen und Kandidat, die sich auf den Religionsunterricht bezogen. Die Abstimmung darüber wurde auf morgen verschoben und in der 11. Abendstunde die Sitzung auf morgen nachmittag 1 Uhr vertagt.

Plenaritzung des Reichsrats.

Berlin, 16. März. Der Reichsrat stimmte in seiner gestrigen Plenaritzung dem Wiederabstaktungsvertrag nach dessen Annahme durch den Reichstag zu und beschloß sich sodann mit der Verteilung des Fonds von 300 000 M., der auf Grund des § 51 des Weinsteuergesetzes aus den Weinsteuerrücklagen zur wirtschaftlichen Förderung der Weinbauern und die Weinbebauung betreffenden Fragen bestimmt ist. Für die Zukunft soll der Verteilungsplan von einer gemischten Kommission aus Vertretern des Wirtschaftsministeriums, des Ernährungs- und des Finanzministeriums, sowie der weinbaurechtlichen Länder vorgeschlagen und vom Reichsrat endgültig festgestellt werden. Außerdem soll der Fonds entsprechend der Steigerung der Weinsteuerrücklagen von 100 auf 600 Millionen M. von 300 000 auf 1,2 Millionen M. erhöht werden. Der Reichsrat stimmte diesen Aufschußvorschlägen zu. In Bezug auf die Bildung der Kommission zur Vereinfachung und Vereinfachung der Reichsverwaltung sind die Ausschüsse des Reichsrats nicht damit einverstanden, daß die Kommission aus vier Vertretern der Reichsregierung, acht Vertretern des Reichstags und sechs Vertretern des Reichsrats zusammengesetzt wird, sondern verlangen auch acht Vertreter des Reichsrats. Die Ausschußvorschläge wurden gegen die Stimme Bayerns angenommen. Dem Entwurf zur Durchführung der Artikel 169, 192, 202 und 235 des Friedensvertrages stimmte der Reichsrat in der Sitzung zu: Die Regierung wird ermächtigt, die Maßnahmen zur Durchführung der Rücklieferung der in den Art. 169, 192, 202 und 235 des Friedensvertrages genannten Gegenstände zu treffen.

Verbreitete Zeitung im
Oberamtsbezirk. — An-
zeigen sind daher von
bestem Erfolg.

Der Verf. bezieht sich mit
Inhalt des Heftes. — An-
zeigen sind daher von
bestem Erfolg.

Telegramm-Adresse:
Gefellschaster Nagold.
Postfachkonto:
Stuttgart 5113.

Notopfer-Bescheid u. Zahlung mit Kriegsanleihen.

Zu dieser Frage, welche ja auch in unserer Zeitung bereits angefaßt wurde, erlauben wir der Zeit. Es folgendes:
Die Novelle zum Reichsnotopfergesetz hat den § 29 dieses Gesetzes aufgehoben, und die Finanzämter ermächtigt, bei Veranlagung der Vermögen nach ihrer vorherigen Anordnung der Steuerpflichtigen von dessen in der Steuererklärung gemachten Angaben abzuweichen.

Schon die ersten Notopferbescheide, die heraustraten, weisen bei den Steuerpflichtigen Abweichungen von der Erklärung selbst auf, indem sie z. B. meistens bei Grundvermögen anstelle des gesetzlich gültigen Ertragswertes, den gemeinen Wert für denselben annehmen, und infolgedessen das Gesamtvermögen ganz wesentlich über die Erklärung erheben. Wenn der Steuerpflichtige gegen die Veranlagung Einspruch einlegt, wird zwar die Eingehung des bestrittenen Teils der Abgabe bis zur Zustellung des Einspruchsbescheids ausgesetzt, aber er kann trotzdem infolgedessen einen eigentlichen Nachschuß haben, als ihm auf Grund der Novelle zum Reichsnotopfergesetz nur gestattet ist, selbst geschlossene Kriegsanleihen zum Nominalwert bis zum Ablauf eines Monats nach Zustellung des Steuerbescheids, also nicht auch des Einspruchsbescheids in Zahlung zu geben. Will er trotzdem die Vorteile der Zahlung durch selbstgeschlossene Kriegsanleihen genießen, so muß er trotz seines Einspruchs auch den Steuerbetrag, der auf den bestrittenen Teil der Abgabe mit einzuführen, vorläufigweise bezahlen. Das erscheint als eine ganz unbillige Forderung, da dem Steuerpflichtigen noch mehr Betriebskapital entzogen wird, wie nach seiner Steuererklärung selbst notwendig wäre.

Wenn die Steuerbehörde die Erklärung einseitig abändert zu Ungunsten der Steuerpflichtigen, so müßte diesem auch gestattet werden, den evtl. nachzugebenden Betrag einem Monat nach Zustellung des Einspruchsbescheids unter den gleichen Bedingungen durch selbstgeschlossene Kriegsanleihen zu begleichen. Wird das nicht gestattet, und nach dem Wortlaut der Novelle ist dies anzunehmen, dann hat die aufstrebende Wirkung der Zahlung der Einsprüche nur bedingten Wert für den Steuerpflichtigen, denn dem Anfall der Zahlung stehen ganz wesentliche Nachteile der Zahlungsweise gegenüber. Wenn bei Änderung des Notopfergesetzes durch die Novelle daran nicht gedacht worden ist, so müßte hier eine nachträgliche Änderung aus Gerechtigkeitsgründen eintreten.

Der Reichswirtschaftsverband deutscher Berufsoldaten.

Reichswehrminister Dr. Götter hat kürzlich im Wehrdienstgesetz darauf hingewiesen, daß der R. d. B., der heute durchaus verfassungsmäßiger Verband der Berufsoldaten, während der Kappage eine schwankende Haltung eingenommen habe. Die Verbandslitung leidet zur Abwehr eine längere Darstellung, doch dürfte diese Verweigerung nicht ganz überzeugend sein, denn sie muß selbst zugeben, daß die damalige Verbandslitung „bei der völlig unüberwindlichen Lage telegraphisch die Weisung ausgab, die die Verbandsmitglieder mit den Offizieren und Beamten der neuen sowie alten Regierung abzusprechen und nachdrücklich Verhandlungen an die Leitung des R. d. B. zu verwirklichen.“ Danach ist zwar die Darstellung Dr. Götters, der Verband habe „hinuntertelegraphiert, es solle mit der verfassungsmäßigen Regierung nicht verhandelt werden“, nicht ganz richtig, aber aber auch durchaus nicht unrichtig. Es lag in jeder gleichmäßigen Behandlung mindestens der Reim einer Anerkennung der Minister. Eine klare Stellungnahme zu Gunsten der legitimen Reichsregierung zu jener gefährlichen Stunde hätte gerade von einer Soldatenorganisation erwartet werden müssen. Der Verband muß überdies zugeben, daß sich seine Vertreter mit dem Obersten Bauer besprochen haben; diese Unterredung habe allerdings nur informativen Charakter gehabt und sei am nächsten Vormittag — die Lage hatte sich doch wohl inzwischen verändert — dem Minister Rolke mitgeteilt worden. Das sind Fehler gewesen, kaum entscheidbare Fehler, aber doch Fehler einzelner ehemaliger Führer des Verbandes. Schon damals konnte der Verband als solcher nicht verantwortlich gemacht werden, denn seine Mitglieder bewiesen damals ihre Treue, indem sie viele Truppenente für die Regierung retteten.

Der nicht genug hat, weil er sich nicht genügen lassen kann oder nicht haushalten kann, ist in noch tieferem Sinn ein armer Teufel, als der, dem es wirklich am äußerlich Notwendigen gebricht. Freitag.

Im Schatten der Schuld.

Original-Roman von Hanno Forster.
Es war wirklich kein einziger Tisch mehr in dem Zimmer frei. Allerdings saßen dort immer nur ein, höchstens zwei Personen an den einzelnen Tischen, so daß es trotzdem nicht voll war. Ein paar Offiziere, die hier ihren Nachmittagskaffee tranken — ihre sauberen Kameraden saßen in dem kleinen Nebenzimmer, die in der Stadt Besorgungen machten und sich in der durch die Wärme ihrer Erzeugnisse weit und breit bekannten, astronomischen Konditorei erfrischten.
Rückwärts hatten alle aufgesehen, als der Baron von Wendi die beiden eintretenden Damen begrüßte, und sich dann mit ihnen an seinen Tisch setzte. Renate von Ulmer in ihrem hohen Diebstock, der noch durch ihre elegante gekleidete Kleidung gebildet wurde, sowie die imponierende Gestalt und das häßliche Antlitz Frau von Rehding, die den großen dunklen Augen, waren ja auffallend, um übersehen zu werden. Aber da von den Anwesenden niemand wahrte, wer die beiden waren, Rühre und wachte man zwar noch ein bißchen, wandte dann aber das Interesse wieder den ledernen Schammbüchsen und den süßlichen Cremeschnitten zu, die einfach großartig munden.
„Sind Sie von einem der umliegenden Güter? Ich kann mich nicht erinnern, den Namen von Wendi je gehört zu haben.“
Die volle, sonst etwas streng klingende Stimme Frau von Rehding konnte auch lebenswürdige Töne annehmen.

Man darf wohl nach der heutigen Fassung des Verbandes annehmen, daß seine Leitung sehr in durchaus zuverlässig verfassungsmäßigen Händen liegt. Auch im Reichswehrministerium dürfte man anerkennen, daß es nicht auf die Fassung einiger ehemaliger Führer ankommt, sondern auf die ganze Tendenz des Verbandes, denn in Wirklichkeit heute entschieden eine Stütze der Republik in der Reichswehr bilden.

Aus Stadt und Bezirk.

Regeld, 17. März 1921.

Gemeinderatsitzung vom 16. März. Zu Beginn der Sitzung gab der Herr Stadtschultheiß die bei den Holzverkäufen erzielten Preise bekannt. Versteigerung vom 10. 3.: Roub- und Nadelholz im Flächeninhalt 2400 Weiden zu 1617 M, aber per 100 Weiden M 86,81. Nadelholz-Siedholz aufbereitet Km. 29 zu M 897, per Meter M 65,41; Nadelholz-Siedholz im Boden 101 Km. zu 5724 M oder 1 Km. 56,67 M. Versteigerung v. 11. 3., Winterhalde. Nadelholz-Siedholz im Boden 120 Km. zu 9334 M oder 1 Km. zu 65,30 M. 15. März Gaisenberg. Siedholz im Boden Km. 45 zu 3194 M oder 1 Km. zu 70,19 M. Der Vorkaufschlag für 1920/21 ist genehmigt, ebenso die Umfänge von 10 Prozent Das noch angefallene Papierholz von 360 Km. wurde durch Vorkaufschlag des Waldverbands zu 185 M der Km. I. und II. R., und 165 M der Km. III. R. verkauft gegen Vorkaufzahlung der Kaufsumme. Das Geschäft des Schultheiß Rügler von Neuhäusen seine Schafe auf dem oberen u. unteren Gaisenberg, Ost- und Westhalde, kaufen zu lassen, kam nachmalig zur Beratung. Die Meinung war anfänglich geteilt. Endlich entschied man sich dem Geschäft unter folgenden Bedingungen stattzugeben. Es ist eine Pacht im Voraus zu bezahlen zu Mark 700.— Die Schafe dürfen die benannten Wälder in der Zeit vom 1. Mai 1921 bis 31. Aug. 1921 bescheiden. Der Schäfer verpflichtet sich, die Schafe auf den Wegen zu halten und nicht in die Kulturen gehen zu lassen. Der Pachtvertrag kann jederzeit widerrufen, das fernere Verhalten in einem Schadensfall sofort verboten werden. Abgesehen von den Schadenersatzpflichten, für welche der Schäfer aufzukommen hat, verfährt der Pächter in der Stadt, sobald die Schafe in den Kulturen angetroffen werden. — Sodann macht Herr Stadtschultheiß Walter Mitteilung von dem Stande der Umbauten, resp. der Neubauten, welche vorgenommen wurden, um die Wohnungsnot zu beheben. Die künftigen Maßnahmen werden angewiesen. Ebenso werden einige andere Wohnungsmaßnahmen und Umquartierungen besprochen. — Der Herr Bürgermeister will einen Wasserschluß an die Leitung des Herrn Graf. Dieser wird in der Gemeinderatsitzung auf den Hinweis aus der Mitte des Gemeinderats, daß in einem Fall, Gasse dringend notwendige Reparaturen vorgenommen werden müssen, Sitzung der Herr Stadtschultheiß vor, die nicht, Gebäude sämtlich einmal wieder einer Revision zu unterziehen und so dem Gemeinderat Gelegenheit zu geben, die notwendigen Verbesserungen festzustellen. — Der Herr und Herr Gehlhorn nahmen das Gemeindefürsorge in einer Reichswehrangelegenheit in Anspruch. Durch Zureden gelang es den Gemeinderäten, die Begüter dahin zu stimmen, daß Herr so lange im Hause des Gehlhorn wohnen bleiben kann, bis er ein anderes Unterkommen gefunden hat. Der Stadtschultheiß gab den beiden Begütern noch Mahnungen zur Beträglichkeit, die äußerst angebracht waren, mit auf den Weg. (Schluß folgt.)

Beethoven-Abend. Fräulein Schaff, hat durch den Vortrag von Mozarts Sonaten hier schon Freude gewonnen. Heute wird sie die erste und die Frühlingssonate von Beethoven spielen. Die andern Klavierkonzerne von Beethoven werden sich wohl im Laufe dieses Jahres anschließen. Freunde der Musik werden sich eine solche seltene Gelegenheit nicht entgehen lassen.

Preisermäßigung für Steinsalz. Die süddeutschen Salzwerke haben den Verkaufspreis für Steinsalz gewöhnlicher Wahlung von 6,25 M auf 5,75 M pro Doppelzentner ab Salme ermäßigt.

Für das Gymnasium. Der Verein der Freunde des humanistischen Gymnasiums hielt am 9. März in Stuttgart eine Versammlung ab, in der Oberstudienrat Dr. Rolke Be-

nicht über die erforderliche Entwicklung des Vereins erörterte, der seit der letzten Zeit seines Bestehens in Stuttgart und seine Ortsgruppen um und Tübingen in ihrem Wachstum begriffen ist. Professor Dr. Grunig sprach über die Bedeutung der Vindicta. Damit schloß die Reihe der Vorträge, die erst wieder im Herbst aufgenommen werden.

Eine Wetterprognose. Viele Wetterkennzeichen auf dem Bode prophezeiten einen Hochwinter. Nach von wissenschaftlicher Seite, aus den Kreisen der Meteorologen, wird es als wahrscheinlich erklärt, daß dem milden Winter ein kalter Frühling, aber voraussichtlich ein heißer Sommer folgen wird.

Württemberg.

Der Milchpreiserhöhung. Tübingen, 16. März. Der Gemeinderat hat in Sachen der Milchpreiserhöhung eine Eingabe an das Ernährungsministerium gerichtet, in der es heißt: Wenn auch zugegeben werden muß, daß zur Besten Rentabilität der Milchzuegung und damit zur Vermeidung eines weiteren bedauerlichen Rückgangs in der Milchproduktion kaum umgangen werden kann, so darf diese Erhöhung doch nicht einen Betrag erreichen, der es den weitesten Kreisen der Bevölkerung bei den heutigen trostlosen wirtschaftlichen Verhältnissen unmöglich machen würde, auch nur so viel Milch zu kaufen, als sie zur Ernährung der Kinder und Kranken unbedingt benötigen. Der Gemeinderat glaubt, daß den landw. Bedürfnissen Genüge getan ist, wenn statt der Erhöhung des gesetzlichen Höchstpreises der Bandwirten im Wege des Abschusses von Lieferungsverträgen mit den Säuglingen die Vertragsaufhebung von 20—25 % für das Alter — wie vorgelesen — gewährt wird. Schon dadurch könnte zusätzlich der bevorstehenden Erhöhung der Frucht- und sonstigen Löhnen die Milch auf einen Preis, der als Höchstmaß dessen bezahnet werden muß, was weitere Preise der Verbraucher gerade noch ertragen können. Zur Bandwirten wird das Vertrauen ausgesprochen, daß sie auch bei der bevorstehenden Preisermäßigung mit den Verhältnissen der Stadt Verbandsmitglieder ein Einsehen hat. An die Regierung wird das dringende Ersuchen gerichtet, bei den Verhandlungen die Erhöhung nicht außer Acht zu lassen, daß die wirtschaftlich schwachen Bevölkerungsteile an der öffentlichen Bewirtschaftung der Milch nur so lange ein Interesse haben, als die Preise für Milch- und Milchzuegen für sie noch erschwinglich bleiben.

Von der Jagd. Stuttgart, 14. März. Trotz der furchtbaren Lage und der Dürre, die über der gesamten deutschen Handelswelt infolge der Inflation der Sanctionen von der Entente geschaffen wurde, bietet die im Handel sich findende Wermisse in Janssen, Wäsen, Gold- und Silberwaren ein geschlossenes Bild deutschen Fleißes und nimmermüder Arbeit und zeigt die Hoffnung, daß die ausenländischen Schwierigkeiten überwunden und die alte Handelsfreiheit und der Weg der deutschen Waren ins Ausland, wieder gefunden wird. Die wunderbaren Qualitäten, die mannigfaltigste Reichhaltigkeit und Vielseitigkeit der ganzen Bijouteriewarenindustrie treten auch auf der gegenwärtigen Jagd in Erscheinung. Deutscher Kunstflair und Gewerbeschick hat ununterbrochen an der Arbeit, und infolge der teuren Betriebskosten hat sich das Bedürfnis nach Schmuck weiter verstärkt. Wieder hat Fabrikaus aus ganz Deutschland mit ihren Erzeugnissen vertreten, vor allem die Hauptorte der deutschen Bijouterie-Industrie: Sankt, Pforzheim und Janssen. Aber auch andere Orte des Schwabenlandes, wie Weiskirchen und Heilbronn, haben das Beste geliefert. In Pforzheim genießt Schornberg einen Weltzug. Die Lage Stuttgarts als Mittelpunkt hat sich besonders bewährt, da es den Einkäufern von hier aus möglich ist, mit den Fabrikanten der Hauptindustrie in Bijouteriewaren in persönlicher Fühlung zu treten. Die Abrenfabriken des Schwarzwaldes sind fast vertreten. Trotz der Demurranten des Wirtschaftslebens durch die Entente sind über 1000 Einkäufer vom Rönneberg und von den Arbeiterländern angekommen und schon in den ersten zwei Tagen haben 300 Einkäufer im Handelszoo Geschäfte abgeschlossen. Wenn auch die Frühjahrsjagd in ihrem Umfange hinter den früheren Messen infolge der politischen Verhältnisse zurückgefallen wird — sie teilt dieses Schicksal mit der Leipziger Messe — die

Vor allen Dingen mußte sie jetzt sehen, daß der junge Baron sie besuchte — auf diese Weise würde die Reise in das Nordseebad eigentlich überflüssig sein. Aber sie wollte sich einmal mit Gewalt von Schloß Hollwangen lösen und ein paar Wochen mit eleganten vornehmen Menschen, wo sie von niemand gefolgt war, eine Rolle spielen. Jüngling wollte sie sich, „das andere“, ihre ständige Furcht vor Entdeckung zu veranlassen.

Mit lebenswürdigen Mädchen sich zu dem Baron wendend, sagte sie:
„Schlecht würde es Sie interessieren, Schloß Hollwangen, das ein schöner, weißer Bau ist und einen wunderschönen Park besitzt, zu sehen. Sie werden uns willkommen sein.“

Baron von Wendi verbeugte sich und antwortete mit größter Höflichkeit:
„Es würde mich sehr interessieren, das Schloß besichtigen zu dürfen. Wenn Sie geflitten, gnädige Frau, werde ich schon an einem der nächsten Tage von Ihrer gültigen Gelaudnis Gebrauch machen.“

Seine Augen leuchteten bei diesen Worten. Frau von Rehding wachte wohl, wenn dieses Mädchen, diese heimliche Hoffnung galt. Sie war überzeugt, daß der Baron um Renate schon in kurzer Zeit, so bald sich ihm eine Gelegenheit bot, werden würde.

Sie können irgend einen Tag kommen, an dem Ihre Dienst es Ihnen gestattet. Am besten wäre es, Sie trüben nachmittags auf dem Schloß ein, damit Sie erst eine Tasse Kaffee mit uns trinken können. Ermitteln würde mit telephonischer Anmeldung am Vormittag des betreffenden Tages.“

Wieder verbeugte sich der Baron.
„Selbstverständlich werde ich vorher telephonisch anfragen, ob Ihnen, gnädigste Frau, mein Besuch auch willkommen ist.“

Er konnte seinen Angra nicht länger gebieten. Sie richteten sich jetzt mit einem frohen, hoffnungsvollen Blick auf Renate, die aber augenblicklich auf die Eingangsstür sah, und sich erblickt war. Kamelärisch richteten auch die beiden andern ihre Blicke dorthin. (Fortsetzung folgt.)

deutsche Indu-
felsen der G-
bessere Zukun-
der Ausstelt-
stellung nicht
kühn haben
Weiß an für
Freuden
hochachtungsvoll
hand über.
breitet. Da-
mer beiligt.
r Opf-
März. Die
funde die
Kangieren u-
Berlangung
schungen an
führung ins
r Eine
mille Jakob
ehnen Tage
jährigem Be-
Woch mag die
als der ältere
unirweg
de auf die
diesen Schrei-
r Schick
Die 26 Jahre
erhielt eine
bild auch die
faher in der
Rannet und
im Gelamm-
sther in Was-
wohl noch die
mehr vor.
ein Stück
in Wannen
r Die
die Tanderst
gebrüder, die
linge und M-
Das Blut
Hörten zu
ihm sein ei-
die Forderung
r Hoff-
mohlmachung
griff. Ihre
malungens
über Kom-
über Vertrie-
nung von 8
der dlich zu
abdrücke i-
6 alsständig
6 Wochen,
vor Ablauf
genommen n-
r Heber-
Stuttgart, 15
standen habe
Ferialabteil-
aus der Füh-
in Kasse V-
nahm prälim-
die Aufnahme
sodern Schwa-
kann die Zu-
tichtige Sch-
minierbar ne-
mit Oberkass-
und ihrer U-
auch da auf
neben der W-

London,
Eppich“ ord-
der Artikel
andante.
Belagerung
dem feier
Kulturbild
Siedhol
aus der U-
gezeigt habe
Augenblick
üblich von
Kapenbe
aus Gefang-
ern in Kro-
trud glühig
Wetter wird
behalte sich
jedem Tag.
Die Verfü-
Schaden ver-
der Stadt an
Frauen an-
tung hat de
Ruhland wie
an der Hand
wissen gean
Kapenbe
auf Gefang-
Kronstadt da

ung des Vereins erstattete, ... in Stuttgart und ...

berg.

Lüdingen, 16. März. Der ...

ant, 14. März. Auch der ...

te legt jeden, daß der junge ...

deutsche Industrie hofft, durch Arbeit und Fleiß die ...

Fremdenstadt. Der Vorsitz im Bezirksverband ...

Opfer des Berufs. Rosenbach O.L. Neuburg, 16. März.

Eine Gemeinheit. Riedlingen, 16. März. Die Familie ...

Schuldlosigkeit. Riedlingen, 16. März. Die 26 Jahre ...

Die erste Schleppe. Wernauheim, 16. März. Wie die ...

Aufhebung der Demobilisationsanstalten. Die ...

Abtritt von Mädchen in die Knabenrealschulen. Stuttgart, 12. März.

Die Wirkung des Kohlenabkommens. Berlin, 17. März.

Gegen die Entschädigungsforderungen der Tschechoslowaken. Wien, 17. März.

Abkündigung des schwedisch-deutschen Vertrags. Berlin, 16. März.

Kleine Meldungen. Der Reichstag legte gestern die Beratung ...

Das Kronstädter Misstrauensvotum. Kopenhagen, 17. März.

den Kommunisten eine Entschädigung angenommen. Darin ...

Die Sowjetregierung nicht erschüttert! Berlin, 17. März.

Die Abstimmung in Oberschlesien. Berlin, 17. März.

Englische Schutzmaßnahmen. Bern, 16. März.

Die Wirkung des Kohlenabkommens. Berlin, 17. März.

Gegen die Entschädigungsforderungen der Tschechoslowaken. Wien, 17. März.

Abkündigung des schwedisch-deutschen Vertrags. Berlin, 16. März.

Kleine Meldungen. Der Reichstag legte gestern die Beratung ...

Das Kronstädter Misstrauensvotum. Kopenhagen, 17. März.

Bergiß nicht Deinen Freund. Poststelle rechtzeitig den Gesellschaftler April-Juni 1921.

Handels- und Marktberichte.

Schlachtleichmarkt. Stuttgart, 15. März. Dem ...

Berliner Häutenversteigerung. Auch die letzte ...

Einzelmarkt.

Die Einblendungen unter dieser Rubrik ...

Wismohl. Weiter am Freitag und Samstag.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Marktgenehmigungsgesuch.

Die Städtgemeinde Nagold will auch in den Jahren ...

Betrifft Abgabe von verbleibendem Mais ...

In Halterbach und Schöndronn ist die ...

Würt. Forstamt Altensteig. Das Finanzministerium hat den ...

Stadtgemeinde Nagold. Reifig- u. Schlagraumverkauf.

Am Freitag, 18. März aus Distrikt ...

Reifig- u. Schlagraumverkauf. Am Freitag, 18. März aus Distrikt ...

Reifig- u. Schlagraumverkauf. Am Freitag, 18. März aus Distrikt ...

Reifig- u. Schlagraumverkauf. Am Freitag, 18. März aus Distrikt ...

Reifig- u. Schlagraumverkauf. Am Freitag, 18. März aus Distrikt ...

Reifig- u. Schlagraumverkauf. Am Freitag, 18. März aus Distrikt ...

Reifig- u. Schlagraumverkauf. Am Freitag, 18. März aus Distrikt ...

Reifig- u. Schlagraumverkauf. Am Freitag, 18. März aus Distrikt ...

Reifig- u. Schlagraumverkauf. Am Freitag, 18. März aus Distrikt ...

Reifig- u. Schlagraumverkauf. Am Freitag, 18. März aus Distrikt ...

Reifig- u. Schlagraumverkauf. Am Freitag, 18. März aus Distrikt ...

Reifig- u. Schlagraumverkauf. Am Freitag, 18. März aus Distrikt ...

Reifig- u. Schlagraumverkauf. Am Freitag, 18. März aus Distrikt ...

Reifig- u. Schlagraumverkauf. Am Freitag, 18. März aus Distrikt ...

Reifig- u. Schlagraumverkauf. Am Freitag, 18. März aus Distrikt ...

Reifig- u. Schlagraumverkauf. Am Freitag, 18. März aus Distrikt ...

Reifig- u. Schlagraumverkauf. Am Freitag, 18. März aus Distrikt ...

Reifig- u. Schlagraumverkauf. Am Freitag, 18. März aus Distrikt ...



